



Basisdemokratisches Bündnis

fragend schreiten wir voran

Editorial

Hallo liebe LeserInnen!

Alljährlich starten wir in das neue Jahr mit den Wahlen zu den studentischen und universitären Gremien. Auch diesmal werden euch die HoPo-Gruppen aller Couleur auf je ihre Weise um Stimmen umwerben - sei es mit inhaltlichen Positionen, populistischer Demagogie oder billiger Anbieterei durch Verteilen von süßlichem Gebäck vor den Wahlurnen.

Dass diese Veranstaltung in Form von „parlamentarischer Demokratie“ weniger zur inhaltlichen Debatte und Organisierung sogenannter „studentischer Interessen“, als mehr zum zwanghaften Buhlen um Machtpositionen und zur Kaschierung der eigenen Ohnmacht beiträgt, konnte exemplarisch bei der letzten Sitzung des Studierendenparlaments im Dezember in Augenschein genommen werden (siehe hierzu Seite 2).

Nichtsdestotrotz spielt auch das BB dieses Spiel wie jedes Jahr mit. Und dies auch, weil wir finden, dass sich dennoch einiges in den Institutionen anders machen ließe. Die Unfähigkeit und der Unwillen, den der amtierende AStA nicht zuletzt mit dem jüngst gescheiterten Boykott an den Tag gelegt hat, ist die eine Seite. Katastrophal ist auch das Demokratie- und Politikverständnis des AStA, das den absurden Parlamentarismus zur Spitze seiner Perversion treibt (Seite 6-7). Dem gegenüber strebt das BB eine basisdemokratische Selbstorganisation der Studierenden im AStA an, die sich nicht von vornherein selbst den Mund verbietet und weder Politik durch Spieleabende, noch studentische Selbstorganisation durch Stellvertreterpolitik und Pöschchenschieberei (Seite 6) ersetzt.

Anschließend an die kritische Betrachtung der ADF-Ideologie aus den letzten Ausgaben, unterziehen wir die Politik diesmal einer kritischen Betrachtung in Hinsicht ihrer Einbindung in die Arbeitssphäre (Seite 4-5). Der dritte Teil der ADF-Kritik wird in der nächsten Ausgabe zu lesen sein. Ebenso der Artikel „Politik im Patriarchat“, der sich mit der Frage von Geschlechterverhältnissen in der Politik auseinandersetzt, es aber aus Platzgründen nicht mehr in diese Ausgabe geschafft hat. Dieser ist aber auch jetzt schon auf unserer Homepage zu finden.

Zu guter Letzt möchten wir euch noch auf den dritten BB-Poetry Slam und weitere interessante Veranstaltungen in den nächsten Wochen hinweisen (Seite 7 und 8).

euer Basisdemokratisches Bündnis

Anwesenheitslisten gestoppt!

Dass an der Uni vieles passiert, dass weder sinnvoll noch angenehm ist, zeigt das Beispiel der Anwesenheitslisten. Sie wurden in vielen Vorlesungen eingeführt, obwohl diese weder zwingend, noch optional aus der Allgemeinen Prüfungsordnung hervorgehen. Gleichzeitig zeigt dieses Beispiel auch, wie Eigeninitiative von Seiten der Studierenden durchaus etwas verändern kann: Diesem Disziplinierungsinstrument wurde von betroffenen Studierenden erfolgreich das Handwerk gelegt.

Seite 3 ►



...außerdem in dieser Ausgabe:

- Kindergarten Studierendenparlament: Semesterticket oder was? (Seite 2)
- Wolf im Schafspelz – Arbeit/Freizeit-Kritik Teil II (Seite 4-5)
- Gemauschel bei der ADF – Filz und Intransparenz im AStA (Seite 6)
- Demokratie & Protest – Zur Urabstimmung zum Boykott (Seite 6)
- Für ein politisches Mandat – Uni & Gesellschaft (Seite 7)
- 3. BB-Poetry Slam – performative Poesie im Dichterwettbewerb (S. 7)



Kindergarten Studierendenparlament

Es ist mal wieder Wahl und alle Gruppen, darunter wir, das Basisdemokratische Bündnis (BB), versuchen möglichst viel Einfluss im Studierendenparlament (StuPa) zu bekommen. Dabei sind Wahlen und die gesamte Form von Politik, die damit verbunden ist, eine durchaus fragwürdige Angelegenheit. Dies soll an einem konkreten Beispiel deutlich gemacht werden. Es soll zeigen, dass durch das Wahlprozedere jede rationale Beschäftigung mit den politischen Fragen behindert wird.

Ausnahmesituation im StuPa

Es war in seltener Anblick: Nach der Bekanntgabe eines StuPa-Beschlusses hält es die Mitglieder der ADF Fraktion nicht mehr auf den Sitzen. Sie springen auf, ballen die Fäuste zur Boris Becker Siegerfaust und brechen in lautes Freudengeschrei aus, wie man es sonst nur von fanatischen Fußballfans von Oberligavereinen kennt, deren Club gerade den Aufstieg in die Bundesliga geschafft hat. Zuvor hatte es eine endlose Debatte mit Fraktionspausen und allem drum und dran gegeben. Hier meldeten sich auf einmal Menschen zu Wort, die man sonst nur als schweigende Abstimmende kannte. Konzentriert wurde den einzelnen Diskussionsbeiträgen gelauscht. Nebenher kommt es zu leisen Debatten einzelner ParlamentarierInnen.

Die Banalität des Blöden

Welches Thema nun entfacht solche Leidenschaften? Immerhin wird sonst jede Debatte nach spätestens einer halben Stunde durch einen Geschäftsordnungsantrag der AstA-Tragenden StuPa-Mehrheit beendet. Ist es die Diskussion um einen abermaligen Anlauf beim Studiengebührenboykott? Soll das StuPa sich zu Themen von weltpolitischer Bedeutung verhalten? Nichts von all dem. Die Fragestellung, deren Ergebnis der ADF-Fraktion geradezu die Freudentränen in die Augen trieb, lautete: Soll es dieses Jahr wieder parallel zu den Wahlen eine Urabstimmung zum Semesterticket geben oder nicht? Oberflächlicher Hintergrund ist, dass die Bahn ein relativ schlechtes Angebot vorgelegt hatte. Der Antrag, eingebracht durch die Liberale Hochschulgruppe (LHG), sah vor, deshalb die Bahn noch ein wenig schmoren zu lassen und die Urabstimmung dann im nächsten Semester durchzuführen. Probleme mit der Weiterführung des Tickets hätte es dadurch nicht gegeben.

Behind the scenes

Der Antrag wurde abgelehnt. Warum aber ist ein solch banaler Antrag in der Lage derart die Gemüter zu erhitzen? Die Antwort hat der AstA-Vorsitzende *Andre Dorenbusch* in der letzten AstA-Revista unfreiwillig selbst gegeben: „nach allgemeinem Dafürhalten wird nicht ganz zu Unrecht vermutet, dass die gängigen Wahl-

beteiligungen von inzwischen fast 40 Prozent zuvorderst den Abstimmungen zum Ticket geschuldet sind.“ (asta revista Nr. 129). Der Umstand, dass wegen der Semesterticketurabstimmung viele zu den Wahlen gehen, die sich für Hochschulpolitik nicht interessieren, nutzt seit Jahren der ADF, die ihren Stimmenanteil mit der gestiegenen Wahlbeteiligung immer ausbauen konnte. Das weiß sowohl die antragstellende LHG, als auch der Koalitionspartner der ADF, der rechte RCDS, der durch den Aufstieg der ADF, ebenso wie die LHG, Stimmen verloren hat. Allen Beteiligten war also klar, dass es bei dem Antrag um eine Schwächung der Position der ADF ging. Inklusiv der ADF selbst, die die Kopplung von Wahl und Urabstimmung ja auch bewusst zu ihrer Stärkung eingeführt hatte. In der über einstündigen Debatte spielte dieser Aspekt natürlich keine Rolle. Hier wurden völlig abstruse Argumente ausgetauscht, darüber, wie sich die Bahn am besten unter Druck setzen lässt. Indem man es durch den StuPa-Beschluss gar nicht erst zu einer Abstimmung kommen lässt (LHG), oder indem man das Verhandlungsergebnis den Studierenden zur Abstimmung stellt, aber so sehr dagegen wettert, das es nur ganz knapp angenommen wird (ADF). Es entspannt sich dann eine lange Debatte über kraftvolles Verhandeln und wie man richtig Druck aufbaut. Eine solche Debatte hätte man sich bei der Auseinandersetzung um Maßnahmen gegen Studiengebühren gewünscht. All diese Argumente hatten natürlich zuvor bei der internen Kommunikation zwischen den Gruppen keine Rolle gespielt. Aber nach außen - für die parlamentarische Öffentlichkeit - musste der Schein gewahrt werden, es sei eine reine Sachentscheidung, damit den Mitgliedern des RCDS die Möglichkeit gegeben werden kann, aus der Koalitionsdisziplin auszuscheren. Auch die linken Gruppen haben sich an diesem Spiel beteiligt.

Fazit

Dieses Beispiel zeigt, dass durch das parlamentarische Prozedere rationale Debatte mehr verhindert wird als ermöglicht werden. Die Rollen im StuPa sind klar vermachtet. Die AstA-tragende Mehrheit kann alles abbügeln, was ihr nicht passt.

Selbst die Debatte darüber. Von der ADF ist ja seit langem bekannt, dass sie die einzelnen Abstimmungen vor jeder StuPa-Sitzung probt. Die Opposition hat nur eine Chance, wenn sie Themen findet, bei denen die Interessen innerhalb des AstA auseinander gehen. Deshalb beteiligen auch wir uns von Zeit zu Zeit an derart unsinnigen Spiegelgefechten. Es bleibt nur noch abzuwarten, ob und wie diese Farce im Wahlkampf verwurstet wird. Sollte es verwurstet werden, werden sich vermutlich alle Unsachlichkeit vorwerfen, als ob es irgendeiner Gruppe um die Sache gegangen wäre.

Viel wichtiger ist aber, dass das gesamte hochschulpolitische Spiel so funktioniert. Es ist entpolitisiert. Jede Gruppe versucht eine möglichst große Liste aufzustellen, damit sie wichtig wirkt. Vor allem aber, damit die Studierenden bei der Wahl Leute wählen, die sie kennen und die ihnen irgendwie sympathisch sind. Auch auf der Liste des BB werden z.B. Menschen mit lustigen Namen häufiger gewählt als andere. Es ist auch schon vorgekommen, dass Menschen in der Schlange vor dem Wahlbüro ihre Freunde anrufen, um sie zu fragen, auf welcher Liste man sie wählen kann. Ob eine durch solche Stimmen hervorgerufen hohe Wahlbeteiligung etwas Tolles ist, sei mal dahin gestellt. Klar ist aber, dass so etwas die entpolitisierenden Tendenzen stärkt. Damit erklärt sich auch die Interessenübereinstimmung von linken und rechten Gruppen in diesem Punkt und es schließt sich der Kreis zu der Frage, warum sich die ADF so über das Abstimmungsergebnis im StuPa gefreut hat. Die politischen Gruppen haben ein Interesse daran, dass nur die zur Wahl gehen, die sich dazu bewusst entscheiden und sich entsprechend eine Meinung zur Hochschulpolitik gebildet haben. Für die ADF hingegen ist es günstig, wenn möglichst viele zur Wahl gehen, die sich wenig mit hochschulpolitischen Fragen beschäftigen haben, und die deshalb die ADF-Ideologie der unpolitischen Hochschulpolitik „irgendwie logisch“ finden, obwohl die Widersprüche dieser Ideologie bereits bei einer kurzen Beschäftigung mit der Hochschulpolitik offenbar werden. Es wird Zeit mit dieser Politik der Verdummung endlich zu brechen, die nur für die Menschen als logisch erscheinen kann, deren Denken nur von der Tapete bis zur Wand reicht.

kallekunkel@gmx.de

Kleine Erfolge im Kampf um den Bachelor

► Fortsetzung von Seite 1

Eine erste Bilanz der neu eingeführten Bachelorstudiengänge haben wir bereits in der BB Zeitung Nr. 10 gezogen. (www.bb-goettingen.de/609) Inzwischen zeigt sich, dass es möglich ist, Verbesserungen im Kleinen zu erwirken. Dies soll an einem Beispiel deutlich gemacht werden, bei dem es gelungen ist, Verbesserungen im Sinne der Studierenden durchzusetzen. Dieses Beispiel macht zugleich auch die Absurdität der aktuellen Situation deutlich.

Die Anwesenheitslisten

Seit der Einführung des Bachelors haben es sich viele Dozierende zur Angewohnheit gemacht, die Anwesenheit der Bachelorstudierenden in Vorlesungen durch Anwesenheitslisten zu kontrollieren. Darauf angesprochen, warum sie dies tun, war die einhellige Antwort, es sei durch die neuen Bachelorordnungen vorgeschrieben. Wer sich jedoch die Allgemeine Prüfungsordnung (APO) für den Bachelor anschaut, wird v.A. das Fehlen jeder Formulierung zu diesem Thema feststellen. Auch in den fachspezifischen Regelungen findet sich keine Formulierung, die das Führen von Teilnahmelisten in Vorlesungen zwingend macht. So verpflichtet z.B. die Formulierung in den fachspezifischen Bestimmungen für das Fach Geschichte nur zur „regelmäßigen Teilnahme“ an den Übungen oder Seminaren des Moduls. Ob die Formulierung „regelmäßige Teilnahme“ eine Anwesenheitsliste zwingend macht sei dahin gestellt. Zur Anwesenheit in den Vorlesungen findet sich in jeden Fall kein Wort.

Die kleinen Möglichkeiten des Ungehorsams

Das war für einige Studierende des Fachs Geschichte Grund die Kontrollmechanismen auf das von den fachspezifischen Bestimmungen geforderte Maß zurück zu schrauben und die Anwesenheitslisten aus den Vorlesungen zu klauen. Die Reaktion auf diese Maßnahme wirft einen Blick darauf, wie ernst solche Bestimmungen genommen werden sollten.

Zunächst traf die Aktion auf völliges Unverständnis. Die Dozierenden seien ja gezwungen diese Listen zu führen, hieß es in

Woche eins nach der Entwendung in einer der betroffenen Vorlesungen. Darauf hingewiesen, dass dies nicht stimme, kündigte die Professorin an, dies noch einmal zu überprüfen. In Woche zwei nach der Entwendung machte sie von der Liste keinen Gebrauch mehr. In der dritten Woche erfuhren die erstaunten Studierenden nun Folgendes: Nach Angaben des Justiziars der Uni sei das Führen von Anwesenheitslisten gar nicht erlaubt. Begründung: Da es so viele Modulüberschneidungen gäbe, würde das Führen von Anwesenheitslisten bestimmte Zweifachbachelorstudiengänge unstudierbar machen.

Innerhalb von drei Wochen hatte sich das Führen von Anwesenheitslisten von einem qua Recht vorgeschriebenen unabwendbaren Übel in eine qua Recht verbotene Praxis gewandelt.

Konsequenzen

Für die Studierenden heißt dies, dass sie die geltenden Regelungen als wandelbar begreifen müssen. Sie sind Ergebnis von Aushandlungsprozessen und damit von Macht und Gegenmacht. Selbst wenn das Führen der Listen erlaubt wäre, hätte dies keine Bedeutung, wenn sie in jeder Vorlesung verschwinden würden. Die Wandlung im Fall der Anwesenheitslisten zeigt ebenfalls, dass es sich hierbei nicht um Regelungen handelt, die mensch nicht unterlaufen sollte, weil sie so sinnvoll wären. Vielmehr gibt es eine ganze Latte von dummen bildungsfeindlichen Regelungen in den Bachelorordnungen, die auf allen Ebenen bekämpft werden müssen. Indem man ihre praktische Anwendung unterläuft, ebenso wie indem die StudierendenvertreterInnen sie in den Kommissionen angehen. Das Klausuren- und Prüfungsunwesen, das viele Bachelorstudierende vom eigenständigen Lernen abhält, wäre ein solcher Punkt. Auch werden die Anwesenheitslisten noch immer in einigen Vorlesungen geführt. Hier wäre es nötig den Dozierenden auf die Sprünge zu helfen.

Dieses Beispiel sollte v.A. deutlich machen, dass es keinen Grund gibt irgendeine Regelung, die uns Studierende unter Druck setzt oder stärkerer Kontrolle aussetzt als gegeben hinzunehmen. Setzt Euch mit Euren StudierendenvertreterInnen zusammen, um zu überlegen, was ihr in diesem Sinne tun könnt.

kallekunkel@gmx.de

„Wolf im Schafspelz“ - zweiter Teil

In diesem Artikel wird es darum gehen, zu analysieren, was die fein säuberliche Trennung von Arbeitszeit und Freizeit bedeutet für die Form der Politik im Allgemeinen und für die Unipolitik im Besonderen.

Fortsetzung von Teil 1:
„Zur Kritik der unfreien Freizeit“
aus: BB-Zeitung #10.
online abrufbar unter:
www.bb-goettingen.de/606

Arbeit und Freizeit als bestimmende Kategorien der bürgerlichen Gesellschaft sind jeweils fremdbestimmte Bereiche. Der wesentliche Unterschied liegt darin, dass die Lohnarbeit das materielle Überleben sichert und darum unter Zwang, durch den Markt vermittelt, verrichtet wird. Die Freizeit jedoch, zwar auch durch den Markt vermittelt, dient der Bedürfnisbefriedigung der einzelnen Menschen. Diese Bedürfnisbefriedigung steht nicht, wie zunächst zu vermuten wäre, unter dem Vorzeichen der Freiheit, sondern obliegt einem Zwang. Es lassen sich nur jene Bedürfnisse befriedigen, welche sich, aus der Perspektive des Marktes, profitabel befriedigen lassen. Dies auch nur dann, wenn die materielle Grundlage für das bedürftige Subjekt, vorhanden ist, um das dafür notwendige Produkt zu kaufen. Ein für diese Analyse wesentlicher Unterschied liegt darin, dass in der Freizeit das Subjekt potenziell nach den eigenen Bedürfnissen leben kann, in der Arbeitszeit von jeglichen Bedürfnissen absehen muss, um dem Arbeitsmarkt und damit dem Produktionsprozess gerecht zu werden. Kurzum: Die Arbeitssphäre wird objektiv wie subjektiv durch die technische Rationalität bestimmt, die Freizeit, unter obengenanntem Zwang, durch das „Eigeninteresse“ und dem „selber-setzen“ von Zwecken.

Politik als „Interessenvertretung“

So fragwürdig das Projekt der bürgerlichen Gesellschaft war und ist, so sind die von der Aufklärung postulierten Ideale wesentlich angenehmer als die Realität, die mit ihnen legitimiert wird. So ist zum Beispiel die Einforderung der Demokratie, in den Anfängen der bürgerlichen Gesellschaft ganz klar als Befreiung von feuda-

ler und damit zum Teil auch persönlicher Herrschaftsstrukturen zu bewerten.¹ Im Ideal der Demokratie, an das auch heute noch die einen oder anderen festhalten wollen, wird ein Politikverständnis formuliert, in dem es darum geht, sich kritisch mit dem Bestehenden auseinander zu setzen, die eigenen Bedürfnisse zu reflektieren und für die tatsächlich bestehenden Interessen einzustehen, die evtl. mit Interessen Anderer in Konflikt geraten. Dem Anspruch nach müssen diese Konflikte unter Ausschluss von direkter Gewalt gelöst werden. Die Ausübung der Gewalt wird durch Staat monopolisiert. Politik bedeutet in diesem Ideal, seine Interessen in der Sphäre der Öffentlichkeit artikulieren und durchzusetzen zu können.

Von diesem Ideal ist jedoch im real existierenden Politikbetrieb nicht mehr viel zu sehen und es wird auch in der breiten Öffentlichkeit nicht mehr eingefordert. An seine Stelle ist die abstrakte Norm der Orientierung am so genannten Allgemeinwohl getreten. Jede Selbstbewusste Artikulation der eigenen Interessen wird als asozialer Partikularismus gebrandmarkt.²

Politik als „Lohnarbeit“

Der Grund liegt im gesellschaftlichen Wandel, der Bedingung dafür war, dass die Politik sich von ihren ursächlichen Idealen weg, in die Warenproduktion integriert hat. Wer diese dennoch einfordert, ohne die gesamte Gesellschaft einer grundlegenden Kritik zu unterziehen, stellt recht bald fest, dass die „Deutschen immer nur nörgeln“, oder dass „irgendwas mit der Demokratie nicht stimmt“ usw.. Hier wird ein grundsätzli-

cher Widerspruch deutlich. Demokratie in ihrer parlamentarischen Ausformung steht in einem Konflikt zu den Tendenzen ökonomischer Entwicklung, jedoch nicht in einem einander in Gleichgewicht bringenden Widerspruch, sondern vielmehr in einem unlösbar-arbeitsteiligen Widerspruch. Die ökonomischen Tendenzen beziehen sich im Wesentlichen auf die Verwertung von Kapital, die Durchrationalisierung der Gesellschaft zum Zwecke des Profits. Auf politischer Ebene sieht das anders aus. Zweck der politischen Sphäre in der bürgerlichen Gesellschaft ist gerade die Aufrechterhaltung sozialer Zusammenhänge und die Mäßigung des Ausbeutungsverhältnisses zum Zwecke des langfristigen Erhalts des Standorts. Die Politik wird zur nachträglichen gesellschaftlichen Klammer im Rahmen eines ökonomischen Systems, dass die Einzelnen als konkurrierende Individuen zueinander ins Verhältnis setzt.

Doch ist es ja gerade nicht so, dass der Wunsch nach Konsens zwischen ökonomischen und politischen Interessen auch nur annähernd zustande käme.³ Schon längst ist die politische Sphäre zu einem Arbeitsmarkt unter vielen geworden, auf dem sich die PolitikerInnen nicht deshalb verkaufen, weil sie die Ideale der Politik vertreten möchten, sondern weil sie den Beruf PolitikerIn als veritable Karriereoption verstehen. Obschon sich die Unipolitik oder Partei-Politik als ehrenamtliche Tätigkeiten geben, dienen sie dem Zweck, die eigene Biografie aufzuwerten um später Karriere zu machen und sich in der Hackordnung des kapitalistischen Konkurrenzkampfes möglichst weit nach oben zu drängen. So zu sehen bei Christian Ziegenhorn (Derzeitiger Finanzreferent des AStA Göttingen), der neben seinem uni-politischen Engagement weiter an seiner Berufspolitikkarriere bei der CDU bas-

¹ Persönliche Herrschaftsstrukturen meint hier, dass es eine Herrschaft einer klar auszumachenden Gruppe gibt, die direkten Einfluss auf die Verhältnisse haben, in denen die Menschen leben. Durch die Vermittlung moderner Herrschaft über den Markt und den Rechtsstaat entfällt das Element der Willkür, das jeder personalen Herrschaft eigen ist.

² 26 Prozent der Deutschen wünschen sich in diesem Sinne nach einer aktuellen Studie der Friedrich Ebert Stiftung „eine einzige Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert“. Auch die ADF glaubt jede Politik, die nicht die ihre ist, mit dem Vorwurf des Partikularismus abqualifizieren zu können.

³ Vor allem dies ist es, woran viele neo-KeynesianerInnen verzweifeln,

wenn sie feststellen, dass ihre pseudo-moralische Instanz (der Staat) eben nicht in der Lage ist, seine Interessen durchzusetzen und damit die Ökonomie nach den eigenen Vorstellungen zu formen.

⁴ Nach einer Studie des Hochschulinformationssystems (HIS) an der Uni Hannover geben 60% der gesellschaftlich engagierten Studierenden an, sie sähen in dem Engagement eine Möglichkeit ihre Karrierechancen zu verbessern. Für 53% ist dies die Hauptmotivation. Selbst wenn es also nicht zur/m BerufspolikerIn reicht macht sich so ein Engagement im Lebenslauf ganz gut.

⁵ Damit verkommt die Forderung nach Reformierung des Systems, je nach Gesellschaftskritik zu einer taktischen, jedoch immer auch per-

telt. So dienen bestimmte Bereiche politischer Tätigkeit der Verbesserung der eigenen „Verwertbarkeit“ und liegen somit auf der Schwelle⁴, andere, wie z.B. „die große Politik“, sind bereits in den Verwertungsprozess eingebunden - nicht zuletzt der Begriff „Berufspolitiker“ zeugt von dieser Entwicklung. Hier haben wir es mit einem historischen Prozess zu tun, nämlich der Integration von Politik in Lohnarbeit. Es ist geschehen, was in der bürgerlichen Gesellschaft geschehen musste, die Ausrichtung der Politik nach möglichst technisch-rationalen Kriterien.⁵

So wie die Produktion einer Ware, die auch in einem möglichst rationalisierten Prozess stattfindet, ist auch die Politik bloß Tätigkeit in einer „Dienstleistungsfabrik“. Diese technisch-rationalen Kriterien bedeuten, dass Grundsätzliches nicht hinterfragt wird, sondern jenes, was von außen angetragen wird, möglichst sachgerecht zu bearbeiten und dieser Ablauf möglichst reibungslos zu gestalten ist.⁶ Dann bleibt als Kriterium nur noch das Interesse nach einer möglichst rationalen Bearbeitung und es fällt der/dem Einzelnen schwer Interessenkonflikte, die diese Gesellschaft durchziehen, wahrzunehmen. Politische Beschlüsse dienen dem Standort und jene Beschlüsse, die diesem Kriterium nicht stand halten gelten als nicht realitätstüchtig. Ein einschlägiges Indiz für diese Argumentation ist, dass die PolitikerInnen an ihrer „Handlungsfähigkeit“ gemessen werden ohne zu fragen, worin diese Handlungen konkret bestehen. Damit wird die Politik zum bloßen Verwaltungsakt ökonomisch vorgegebener Objektivität. Hier treffen Ideologie und traurige Realität mal wieder aufeinander und bilden einen dynamischen Prozess.

Arbeit, Freizeit und die Service-Ideologie

Oben Beschriebenes ist nicht nur ein praktischer Prozess, der in der Entstehung der EU einen bisherigen Höhepunkt erreicht hat.⁷ Er ist auch ein Prozess, den die Menschen verinnerlicht haben und tagtäglich unreflektiert reproduzieren. Die ADF ist tatsächlicher ein gutes Beispiel für diese groteske Denkform. Sie

sieht sich, wie wir bereits mehrfach gezeigt haben⁸, nicht in der Lage, Bestehendes zu hinterfragen, sondern kann nur von „außen“ an sie Herangetragenem möglichst sachgerecht bearbeiten. Die einzigen Interessen, die erkannt werden, sind die von außen an sie herangebrachten ökonomischen Ansprüche. Diese sind jedoch beides zugleich: Ein Interesse, welches von den einzelnen Subjekten geäußert wird und andererseits ein Interesse, welches die gesellschaftlichen Verhältnisse von den Menschen verlangt.

Wie zeigt sich nun die oben genannte Arbeit-Freizeit Dichotomie in der Uni-Politik und welche Folgen hat diese für die Universität und ihre Studierenden?

Abgesehen davon, dass uns diese Trennung von Geburt an eingepreßelt wird (sei es in der Schule oder in den Anforderungen, die unser soziales Umfeld, sowie die gesellschaftlichen Gegebenheiten an uns stellen), ist es gerade mit der Einführung von Bachelor/Master und Studiengebühren so, dass eine arbeitsähnliche Struktur geschaffen wird. Bachelor/Master treibt die Trennung von „privater Zeit“ und von außen bestimmte „Arbeitszeit“ in die Uni hinein. Ging es früher noch darum sich Themen selbst zu erarbeiten und unter bestehendem Zwang, Zusammenhänge selbst herzustellen und selbst zu bestimmen, ob dieser oder jener Stoff, dieses oder jenes Seminar mich am meisten interessiert, wird das heute anhand von Pflichtmodulen und überfüllten Stundenplänen für die Studierenden bestimmt. Studiengebühren schaffen dabei die finanzielle Abhängigkeit und sorgen dafür, dass die Studierenden unter einem ähnlichen Leistungsdruck stehen, wie die Menschen am Arbeitsmarkt. Ausgehend von dieser arbeitsähnlichen Struktur, gelten Studierende, wenn sie dann endlich auf den Arbeitsmarkt kommen, als bloß „veredelte Arbeitskraft“. Ja, so sehen sich die Studierenden selbst. Und gerade aus diesen Gegebenheiten wird an der Uni eine ähnliche Politikform betrieben, wie „außerhalb der gutbürgerlichen Seifenblase“⁹, nämlich eine, die es nicht schafft Bedürfnisse wahr zu nehmen, sondern nur noch Verwaltung zu betreiben. Interessant ist hierbei, dass mit der Um-

stellung auf die Leistungsbemessung durch Creditpoints, die den „wirklichen“ Arbeitsaufwand honorieren sollen, noch die eigentlich selbst zu bestimmende Zeit außerhalb der Seminare, in denen der Stoff eigenständig angeeignet werden soll, normiert werden soll. Nun wird genau festgelegt, wieviel Zeit die Studierenden am heimischen Schreibtisch für das Erlernen von einzelnen Wissens-einheiten benötigen dürfen. Das ist streng genommen kein Rückschritt in schulische Lernformen, sondern ähnelt eher den Strukturen eines Internats.

Welche Perspektive bleibt?

Wesentlichstes Kriterium für die Integration von Politik in Lohnarbeit ist die Verwertbarkeit, sprich entweder die aktive Verwaltung ökonomisch scheinbar notwendiger Entwicklungen oder der direkte Eingriff in den Produktionsprozess, z.B. durch die Senkung von ArbeitnehmerInnenrechten, um den Standort für Investitionen attraktiv zu machen (Hierzu gehört auch das Eingreifen in den Produktionsprozess, um bestimmten Tendenzen grenzenloser Ausbeutung Einhalt zu gebieten, um somit auf längere Sicht die bestehende Form der Gesellschaft aufrecht zu erhalten: Wie zum Beispiel das Halten einer minimalen Existenzgrundlage für ArbeitnehmerInnen). Um die Perspektive einer diese Strukturen nicht behahenden und deshalb handlungsfähigen, weil interessen- und bedürfniswahnnehmende Politik aufrecht zu erhalten, muss sie sich bewusst gegen den Verwertungsprozess richten und diesen einer grundlegenden Kritik unterziehen. Sich sowohl praktisch als auch theoretisch gegen bestehende Zumutungen wenden und versuchen bevorstehende Zumutungen abzuwenden. Dies ist nur möglich im Rahmen kontinuierlicher Kritik und Praxis. Eine so verstandene Politik muss sich bewusst von der Form der Politik als Interessenvertretung abwenden und von den einzelnen Subjekten fordern, dass sie sich, als Subjekte, in den politischen Prozess einbringen.

felix@bb-goettingen.de

spektivlosen, oder aber naiven Forderung.

⁴) Rationalität meint hier den beschränkten instrumentellen Zugang zur Gesellschaft und den Mitmenschen unter irrationalen gesellschaftlichen Bedingungen.

⁷) Die EU wird von der Gründungsidee und der tatsächlichen Funktion her als genau das beschrieben: Es soll eine Politik gemacht werden, die es ermöglicht die Wirtschaft so gut es geht, auf europäischen Niveau voran zu treiben. Der erste Akt war der freie Verkehr von Waren innerhalb der europäischen Grenzen. Die Legitimation lautet: Wenn Nationen wirtschaftlich so sehr voneinander abhängig sind, werden sie

wohl kaum so etwas wie den 2ten Weltkrieg wiederholen. Hier werden bloß ökonomische Argumente eingebracht und es wird vollkommen vergessen, welche ideologischen Aspekte noch eine Rolle spielen.

⁸) Vgl. „Der Schrei nach Gegenklärung verhallt nicht ungehört“ aus BB-Publikation #9, im Internet unter: www.bb-goettingen.de/475 und „Die Apokalypse erreicht Rosdorf“ aus BB-Publikation #11, im Internet unter: www.bb-goettingen.de/669

⁹) Der Begriff der „Gutbürgerlichen Seifenblase“ soll beschreiben, was der AStA als Trennung zwischen Hochschulpolitik und Allgemeinpolitik versteht und „praktiziert“.

Gemauschel bei der ADF

Es ist schon nicht leicht als Regierungspartei ohne Regierungsprogramm. Nun ist die ADF zwar keine Partei, sie führt sich dafür aber umso mehr wie eine auf. Was real passiert, scheint ihr ziemlich egal zu sein, wichtig ist nur, dass die eigene Machtposition ausgebaut wird. Und nebenbei gibt es die freundlich-aufdringlichen MassenagitorInnen, die unverfroren einen auf Bürger- respektive Studi-Nähe machen. Egal ob in der eher freundlich-schleimigen Variante von *Kai-Horge Oppermann*, oder in der eher aufdringlich-penetranten von *Christian Ziegenhorn*: So richtig mögen tut sie in der ADF niemand, auch wenn sie das nie so sagen würden, außer hinter vorgehaltener Hand.

Inhalte werden lediglich vertreten, soweit das unbedingt nötig ist. Man ist gegen Studiengebühren, aber auch nicht so richtig dafür, etwas Nachdrückliches dagegen zu tun. An der BA-Umsetzung gibt es dann einiges zu kritisieren, der naheliegende Schluss, dass es mit der Idee vom Bologna-Prozess vielleicht doch nicht so weit her sein kann, wird strikt vermieden. Letztlich eine ziemlich langweilige Veranstaltung und man fragt sich, warum sich der Laden immernoch hält.

Nun dient so ein schicker AstA-Job sicherlich als angenehme Bereicherung im Lebenslauf, was aber immernoch nicht die vielen Menschen erklärt, die freiwillig Publikationen und Flyer (sei es des AstA, sei es der ADF) verteilen. Einen Hinweis, woran das liegen könnte, gab der AstA-Vorsitzende *Andre Dorenbusch* vor einigen Monaten im Studierendenparlament: Alle Jobs, die der AstA zu vergeben hat, werden auf einer internen Liste ausgeschrieben. Intern, weil bis zur besagten StuPa-Sitzung, nur AstA und Konsorten von der Existenz dieser Liste wussten. Das ist auch klar, sonst wäre es ja nicht mehr möglich, die eigenen Leute an lukrative Nebenjobs zu bringen. (Irgendwie müssen die ja auch die Studiengebühren bezahlen, wenn der AstA schon nichts dagegen tut.)

Problematisch fand *Dorenbusch* das nicht. Warum sollte der AstA auch transparent mit den eigenen Geldern umgehen? Soviel Demokratie, dass alle was davon haben, wollen wir doch nun auch wieder nicht. Also wird lieber gekungelt und geschoben, was das Zeug hält. So schließt sich der Kreis und der ADF-Filz erinnert ziemlich an die Machenschaften in so mancher sozial- oder christdemokratisch regierten Kommune. Der Laden hält sich, auch ganz ohne Hochschulpolitik. Zumindest solange, bis er abgewählt wird.

Demokratie & Protest

Der im letzten Semester versuchte Boykott von Studiengebühren ist an der Demokratie gescheitert. Zeit, sich einmal über das Verhältnis von Demokratie und Protest Gedanken zu machen. Denn das ist gar nicht so eindeutig bestimmbar, wie der AstA das immer darstellt. Für den ist die Sache nämlich ganz einfach: wenn alle gegen eine Sache und für einen Protest (in diesem Falle durch Boykott) sind, dann machen sie es. Ob das so ist, wird vorher durch demokratische Abstimmung festgestellt. Dabei verwechselt die ADF aber systematisch Weg und Ziel.

Wahlen und Abstimmungen haben noch nie das vorhandene Meinungsspektrum verändert. Auch der demokratische Wahlkampf, der uns immer wieder zu den diversen Landes- und Bundestagswahlen vorgeführt wird, verändert keine Meinungen in der Bevölkerung. Es kann sein, dass einzelne Parteien oder Gruppierungen ihre Position in der einen oder anderen Frage ändern. Das sie dadurch für WählerInnen wählbar werden, die sich das früher nicht im Traum hätten ausmalen wollen. Wir kennen das von den Grünen, die erst dann wieder als wählbar galten, als sie glaubhaft machen konnten, dass sie tatsächlich ernsthaft bereit sind Kriege zu führen und ein paar alte Atommeiler übrigzulassen. Oder von der SPD, die gerne mal auf hart macht und über MigrantInnen schimpft, die „raus“ müssten, „aber schnell“ - wie Schröder das 1998 im Landtagswahlkampf in Niedersachsen formuliert hatte.

Meinungen und Auffassungen über

die Welt verändern sich in sozialen Auseinandersetzungen. Darum sind es soziale Bewegungen und politische (Protest-) Kampagnen (wie die für oder die gegen Studiengebühren), in denen sich die grundsätzliche Auffassung über die Welt verändern kann. Und Sinn und Zweck solcher Kampagnen ist es ja grade, diese Auffassungen zu ändern. Wären alle Studierenden gegen Studiengebühren und bereit, aktiv dagegen vorzugehen, dann wäre die Sache klar und Studiengebühren schon lange vom Tisch. Hier eine Abstimmung zu machen, um das festzustellen, was ohnehin alle gewusst haben, scheint einigermassen müßig zu sein. Das Interessante eines Boykott(-versuches) war ja gerade, dass in diesem Rahmen möglicherweise eine soziale Dynamik entstanden wäre, die Menschen davon überzeugt hätte, dass Studiengebühren nicht nur eine miese Idee, sondern auch grundsätzlich verhinderbar sind. Die Abstimmung zum Studiengebührenboykott hat diese Überzeugung aber schon vorausgesetzt - und damit Weg und Ziel verwechselt.

Es mag am Selbstverständnis der ADF als AstA-tragende Gruppe liegen, dass sie hier ganz formal argumentiert. Sie hat die Studierenden nach ihrer Meinung gefragt und eine Antwort erhalten. Damit bekam sie die Bestätigung, dass es sich ohnehin nicht gelohnt hätte, Überzeugungsarbeit im Sinne eines Boykotts zu leisten. Statt für eine eigene Position einzustehen, passen sie ihre Meinung der der passiven Mehrheit an.

Für ein politisches Mandat Oder: Warum es keine „Hochschulpolitik“ gibt

Die drastischen Kürzungen, die die Unis derzeit erleben, zeigen in extremer Weise einmal mehr, dass die Hochschule kein von der Gesellschaft abgekoppelter Elfenbeinturm ist. Schließungen ganzer Fachbereiche und Studiengebühren von zunächst 500 für alle sind beschlossene Sache. Die AstA-tragende ADF hält indes immernoch steif und fest an ihrem Konzept reiner „Hochschulpolitik“ fest.

Die Gründe für die Veränderungen an der Hochschule können nur verstanden werden über eine Analyse der gesamtgesellschaftlichen Vorgänge und Verhältnisse. Denn schließlich ist die Uni in die Gesamtgesellschaft eingebettet. Nicht zuletzt durch die schlichte Tatsache, dass die Finanzierung der Hochschulen nicht durch Banknotenpressen im Keller des Juridicum geleistet wird.

Es ist also eine entscheidende Frage, woran es denn liegt, dass zur Zeit die öffentlichen Kassen leer sind. Wie kann es sein, dass einerseits die Möglichkeiten, Gebrauchsgüter und Dienstleistungen herzustellen zunimmt und sich gleichzeitig alle immer mehr einschränken sollen? Und wie hängt das mit sinkenden Spitzensteuersätzen und steigenden Gewinnerwartungen der Unternehmen zusammen? Den kollektiven Wahn der „Sparlogik“ genauer anzuschauen und zu durchbrechen könnte also ein zentraler Bestandteil studentischer Politik sein.

Die Frage, die wir uns stellen müssen, ist doch: Was sind die gesellschaftlichen Umstände, die dazu führen, dass uns an der Uni der Hals zugeschnürt wird? Solange dieser Zusammenhang zwischen Hochschule und Gesellschaft nicht gesehen oder ausgeblendet wird, kann studentische Politik nicht erfolgreich sein. Wer es problematisch findet, dass an der Uni die Gelder gekürzt werden, Rüstungsausgaben in Milliardenhöhe aber nicht in Frage stellt, der beschränkt uns in unseren Möglichkeiten.

Auch Studierende sind nicht bloß Studierende, sondern Teil der Gesamtgesellschaft. Als solche Mitglieder der Gesamtgesellschaft haben wir ein Recht auch in unserer Teilidentität als Studierende auf gesellschaftliche Strömungen und Veränderungen Einfluss zu nehmen. Es wäre doch gerade die Aufgabe von kritischer Wissenschaft, die Reflexion auf gesellschaftliche Zusammenhänge aufzunehmen.

Warum sollen Studierende - z.B. die Bios - sich nicht kritisch mit Fragen der Gentechnik oder des Klimawandels befassen,

und sich dafür einsetzen, dass eine kritische Behandlung dieser Inhalte sich auch in den Lehrplänen niederschlägt? Was würde wohl die ADF sagen, wenn das Ozonloch direkt über dem StuPa steht? Ist das dann Allgemein- oder Hochschulpolitik?

Warum sollen Studierende - z.B. die in der Physik - sich nicht kritisch mit Fragen der Kernenergie befassen - oder sollen sie erst noch ein paar Jahre warten, bis der nächste Reaktor hochgeht, wie es letztes Jahr beinahe in einem schwedischen AKW passiert ist? Wenn dann Strahlung auf den Mensa-Tischen gemessen wird (so wie nach Tschernobyl), ist es vielleicht dann ein hochschulpolitisches Problem?

Warum sollen Studierende - z.B. an der juristischen Fakultät - sich nicht mit den juristischen Aspekten der Atomkraft auseinandersetzen - es gab übrigens in Göttingen mal einen Lehrstuhl für Atomrecht.

Warum sollen sich Studierende - z.B. angehende MedizinerInnen - nicht mit der Bedeutung des derzeit ablaufenden Sozialabbaus im Gesundheitswesen auseinandersetzen dürfen?

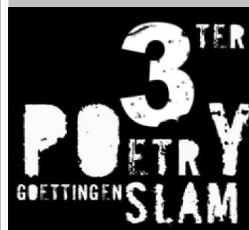
Warum sollen Studierende - z.B. Sowis, Politik- oder GeschichtswissenschaftlerInnen sich nicht mit Neofaschismus und rassistischen oder antisemitischen Tendenzen in der Gesellschaft und an der Uni auseinandersetzen dürfen? Aktuelle Studien belegen, dass dies keine Themen der Vergangenheit sind.

Warum sollen sich Studierende - z.B. die Wiwis - nicht kritisch mit der ökonomischen Verfasstheit dieser Gesellschaft auseinandersetzen, wo doch gerade ökonomisch begründete Sparmaßnahmen die Uni erfassen?

Die Künstliche Trennung von Hochschul- und Allgemeinpolitik zeigt sich, so „unpolitisch“ und „unideologisch“ sie auch immer daher kommen mag, als zutiefst ideologische Konstruktion, die eine sinnvolle studentische Politik unmöglich macht.

j.albohn@gmx.de

Aller guten Dinge sind drei!



Göttingen slamt weiter - am 20. Januar ab 20:30 steigt im T-Keller der dritte Göttinger Poetry Slam

Bang Bang, it's Poetry Slam! Dichtung aus dem Publikum für das Publikum. Performt werden selbstgeschriebene und gedichtete Kurzgeschichten, Balladen, Raps und Reime, Lime-ricks, Sonette, Romanauszüge, WasAuchImmer, WorüberAuchImmer, ob alleine oder im Team. Eine Zensur findet nicht statt. Einzige Rahmenbedingungen sind: 6 Minuten Zeit für jede Poetin und jeden Poet, um mit den eigenen Texten alles klar zu machen, 2 Vorrunden, 1 Finale, mindestens 1 SiegerIn und das großartige, kritische Göttinger Publikum.

Und das entscheidet, welche Performance ihm am besten gefällt. Publikumsgunst und Applaus entscheiden übers Weiterkommen. Die Bühne gehört nicht nur den PoetInnen oder den VeranstalterInnen, die Bühne gehört allen und da passiert etwas, auf das mensch direkt Einfluss nehmen kann.

Aus Frankfurt kommt unser featured poet: Rapper und Performance-Poet Dalibor. Skurri-le Underground-dialoge und Geschichten entfaltet er über der gekonnt eingesetzten Beatbox. Dem Poetry Flow des diesjährigen National-Rap-Slam-Gewinners wird sich so leicht niemand entziehen können.



featured poet: Dalibor

Als weitere Gäste haben sich bisher angekündigt: Pauline Füg (Eichstädt), Dorothee Horsch (Göttingen), Tobias Heyel (Dresden), Casjen Ohnesorge (Kassel), Justin Bixby (Göttingen)

Für alle GöttingerInnen, die eigene Texte spielen lassen wollen: wie immer kann mensch sich am Abend in die offene Liste eintragen, um unsere gesetzten Gäste herauszufordern. Dazu einfach vor Beginn des Slams am Eintritt melden und setzen lassen. Der Startplatz wird während des Slams gelost. Plätze werden nach Geschlecht quotiert vergeben. Wer Fragen hat und Antworten sucht, bekommt garantiert Antwort auf eine Mail an poetryslam@bb-goe-ttingen.de. Für auswärtige SlampoetInnen bestehen Übernachtungsmöglichkeiten.

Im Anschluß gibt's Electro_DisK.O._Techno_House mit dem DJ-Team Kimliong & Felicious (Göttingen/Hannover).

+++ Analyse ++ Kritik ++ Aktion! +++

Basisdemokratisches Bündnis

Für freie Bildung!

Ziel von Bildung sollte die eigenständige Auseinandersetzung mit Lehrinhalten sein. Jegliche Durchökonomisierung steht dem entgegen. Also: Gegen die zunehmende Verschulung im Rahmen des Bachelor/Master Systems. Auch der Druck der Studiengebühren behindert ein Studium entlang der eigenen Interessen. Deshalb müssen sie auch nach ihrer Einführung weiter bekämpft werden.

Für gleichen Ausbildungszugang!

Ein freier Zugang zu allen Ebenen des Bildungssystems ist für uns Voraussetzung für eine gerechte Teilhabe an der Gesellschaft. Darum setzen wir uns gegen jegliche Form von Einschränkung bestehender Bildungszugänge ein. Also: Für den weiteren Abbau von Zugangsbarrieren an den Hochschulen. Und: *Gegen Studiengebühren!*

Für ein schuldenfreies Studium

Verschuldungsrisiko durch Studium sorgt für zunehmenden Druck innerhalb des Studiums und wirkt sozial selektiv. Auch die Fächerwahl wird dadurch eingeschränkt, da zunehmend Fächer studiert werden, mit denen sich die gemachten Schulden auch bezahlen lassen. Deshalb unterstützen wir die Forderung nach einem elternunabhängigen Bafög. Das heißt auch, dass die zunehmende Verwandlung des Bafög zu einem staatlichen Kredit bekämpft werden muss.

Für den Erhalt der öffentlichen Bildungsfinanzierung!

Wer funktionstüchtige Unis will, soll dafür ausreichend Gelder bereitstellen. Wir sehen nicht ein, dass Studiengänge eingestampft und Zukunftspläne vernichtet werden! Egal, ob es sich um die Landes- bzw. Bundespolitik oder die Kürzungspläne unseres Unipräsidenten handelt.

Kritische Wissenschaften fördern!

Zu oft orientieren sich Forschung und Lehre an den Forderungen von Arbeitsmarkt und Wirtschaft. Dagegen gilt es, einen Begriff von kritischen Wissenschaften hochzuhalten. Wissenschaft sollte versuchen, Zusammenhänge zu denken, nicht vor Fächergrenzen halt machen und auch mal unangenehme Wahrheiten über die Welt um uns herum in den Blick nehmen.

Für eine demokratische Uni

Die Unis der BRD wurden nach 1968 mit gutem Grund demokratisiert. Seit dem wir eine Stiftungsuni haben, werden mehr und mehr die Formen demokratischer Mitbestimmung eingeschränkt. Der Einfluss der Studierenden und Lehrenden muss zurück erobert werden.

Für behindertenfreundliche Unis

Wir finden, dass Studierende mit körperlichen Behinderungen an der Universität immernoch nicht ausreichend bedacht werden und setzen uns für eine Interessengemeinschaft studentischer RollifahrerInnen ein.

Studentische Seminare fördern!

Sogenannte autonome ("unabhängige") Seminare können Themen in die Hochschule tragen, die Lehrende von sich aus nicht aufgreifen wollen. In den letzten Jahren wurden solche Seminare wieder vereinzelt organisiert. Wir unterstützen solche Versuche und setzen uns für eine funktionsfähige Vernetzung untereinander ein.

Uni als Lebenswelt begreifen

Wir begreifen die Universität als Teil unseres Lebens. Darum möchten wir auch, dass es hier entsprechend aussieht: Dass die Universität davon zeugt, dass wir an ihr studieren und an ihr leben. Das Plakatierverbot muss zurückgenommen werden. 1. Verlieren wir alle dadurch Informationsmöglichkeiten. 2. ist der Anteil der Kommerzialisierung der Uni seit seiner Einführung enorm gestiegen.

Öko-Referat im AStA

Wir werden uns für einen Umstieg auf sauberen Strom in der Uni einsetzen. Und wer sollte sich sonst um die Einführung von fairem Kaffee und Ökofleisch in der Mensa kümmern?

Gender-Referat im AStA & Stärkung der Frauenbeauftragten

Trotz Gender-Mainstreaming und Frauenbeauftragten gibt es aus der Genderperspektive noch immer viel zu tun. Denn Gender-Mainstreaming orientiert sich hauptsächlich an Verwertungskriterien und Frauenbeauftragte werden in den universitären Gremien noch immer nicht für voll genommen. Und: Dass noch immer verbale und körperliche Übergriffe häufig ohne Konsequenzen bleiben, darf nicht so bleiben. Auch ein Gender-Referat im AStA kann ein wichtiger Baustein sein.

Für eine Stärkung der ausländischen Studivertretung!

Gerade finanziell wurde die ausländische Studierendenvvertretung in den letzten Jahren massiv geschwächt. Das wollen wir rückgängig machen und sie gleichzeitig stärker in universitäre Diskussionsprozesse einbinden.

Neo-Faschismus und Rassismus bekämpfen!

Während der verschiedenen Nazi-Aufmärsche haben wir gezeigt, dass wir rassistischem, nationalistischem und antisemitischem Gedankengut keine Plattform geben wollen. Wenn Nazis auch dauerhaft in dieser Stadt und an dieser Uni keine Chance haben sollen, muss es auch eine kontinuierliche Arbeit zu diesem Themenfeld geben. In diesem Sinne muss der AStA Aufklärungsarbeit leisten über bestehende reaktionäre Tendenzen auch innerhalb der Studierendenschaft.

+++ Termine +++

Sa, 13.01, 10:00 // Magdeburg, Hauptbahnhof

Demo: „Geschichtsrevisionismus erkennen & bekämpfen! Antifaschistische Strukturen stärken & verteidigen!“

Infos: www.antifa.de

So, 14.01, 10:00 // Berlin, Frankfurter Tor
Liebknecht-Luxemburg-Demo

Fight the Players! Fight the game!

Make capitalism history!

mehr Infos: www.antifa.de

Mo, 15.01, 19:30 // DGB-Haus
Israel und seine Feinde - Über den Antisemitismus im Nahen Osten

Veranstaltung des [a:ka] mit Matthias Küntzel.

16.-19.01.

Wahlen!

Wahlen zu den studentischen Gremien!
Liste 4 / Basisdemokratisches Bündnis wählen!

20.01, 20:30 // T-Keller (Geismarlandstr. 19)

Dritter BB-Poetry Slam!

Performative Poesie im Dichterwettbewerb.

24.01, 20:00 // Lumière (Geismarlandstr. 19)

Zeitzeugengespräch mit der Resistance: Kämpfer Max Tzwangue

Eine Veranstaltung der OLAFa.

24.01, 20:00 // Roter Buchladen (Nikolaikirchh.7)

ArbeiterInnenkampf und soziales Terrain

Das Beispiel Porto Marghera / Veneto

Jeden Mo, 18:00 // FSR-Sowi-Raum, Oec E80

BB-Plenum

Die entscheidende Arbeit des BB findet im Plenum statt. Interessierte und Neuzugänge sind immer herzlich willkommen.

Details und weitere Termine auf:

www.bb-goettingen.de

+++ Ziele des BB im AStA +++



Wahl zum Studierendenparlament vom 17.-19. Jan '07

Wählt Liste 4!

Basisdemokratisches Bündnis

Für einen emanzipatorischen AStA!

Basisdemokratisches Bündnis

BB

www.bb-goettingen.de